

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2.— RM. frei Haus, bei Postbestellung 1,80 RM. zusätzlich Postgebühren. Einzelnummern 10 Kops. Die Verzeichnisse und Postwechsel, sowie die Anzeigen, werden nach Möglichkeit angenommen bis zum 10. März. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend
Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Charandt und des Finanzamts Roffen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 124 — 92. Jahrgang

Telegr.-Nr.: „Amtsblatt“

Wilsdruff-Dresden

Postfach: Dresden 2640

Dienstag, den 30. Mai 1933

Politik und Geschäft.

Auch insofern war und ist Amerika das „Land der unbegrenzten Möglichkeiten“, als es die stärksten und — die überreichendsten Blüten des Hochkapitalismus trieb und treibt. Wallstreet, die Börsenstraße von New York, ist durchaus nicht der einzige „Sumpfricht“ in Amerika, wohl aber der größte. Und nun wanken die Gebäude, die auf ihm stehen, sind im weiten Umfang schon eingestürzt oder gar versunken, und den Männern, die in den übriggebliebenen Häusern noch sitzen, haben erhebliche Sorgen nicht bloß aus wirtschaftlichen und finanziellen, sondern aus recht persönlichen Gründen. Der Sumpfricht nämlich, wenn man für die Gerüche noch einen so zurückhaltenden Ausdruck gebrauchen darf! Auch das Wort „Skandal“ sagt noch nicht genug, und „Korruption“ würde nur einen Ausschnitt aus den Ergebnissen bezeichnen, zu denen ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss des Senats gekommen ist. Wieder einmal — jetzt allerdings in allergrößtem Maßstab — sind also intime Beziehungen zwischen „Politik und Geschäft“ aufgedeckt worden, die eine ganze lange Reihe bekannter Politiker und Geschäftsmänner heillos kompromittieren. Soweit die Dinge „kriminell“ zu beurteilen sind, mag die amerikanische Gerichtsbarkeit interessieren, auch wenn die moralische Beurteilung eindeutig genug sein muß. Denn schließlich nahmen die Herren Politiker die Geschenke — das waren die Effektenkäufe weit unter Börsenkurs — nicht bedauern an, um sich dafür bei passender Gelegenheit ungefällig zu zeigen! Solche politischen Schmiergelder der amerikanischen Bank- und Börsenfürsten sollten doch Jns und Jnsbesjns bringen, — aber bitte zu einem recht hohen Zinsfuß!

Auch der „König der Wallstreet“, John Pierpont Morgan, stand vor dem Untersuchungsausschuss. Und dieser Mann interessiert uns Deutsche ganz besonders, denn er ist im Weltkriege einer unserer mächtigsten Gegner gewesen. In seiner Hand vor allem waltete sich ein großer Teil des Weltkapitals zusammen, das gegen uns in den Kampf geworfen wurde, bis diesem mächtigsten Bundesgenossen unserer Gegner der amerikanische Staat selbst in den Krieg hinein gefolgt ist. Wenn man eine Zeitlang sagen konnte, daß Amerika der eigentliche Gewinner des Weltkrieges gewesen sei, so hatte das Bankhaus Morgan an diesem Gewinne ganz außerordentlich profitiert, denn „sein“ Viehlebend-Schlacht-Trust lieferte die Granaten, Kanonen, Schiffe und Bomben an die Alliierten, die ja ihre Schlachten zum größten Teil mit amerikanischen Lieferungen schlugen. Auch des jetzigen John Pierpont Morgans Großvater hatte im amerikanischen Bürgerkrieg vor siebzig Jahren an Kriegslieferungen und an fast landesverderberischen Börsenspekulationen verdient. Was sind selbst die sagenberühmten Rothschilds, die „Bankiers der Kaiser und Könige“, gegen John Pierpont Morgan! Im Krieg und hernach war er ein „politischer Bankier“, für den vor allem Frankreich erst ein Sorgenkind wegen der Finanzstabilisierung, dann aber eine ausgezeichnet funktionierende Geschäftsverbindung war. Ausländische Staatsanleihen zu emittieren, — das war Pierpont Morgans ureigenstes Geschäft geworden. Bei der Begehung auch der großen internationalen Anleihen, die auf Kosten Deutschlands gingen, wie die Dawes- und Young-Anleihe, stand er ganz vorn und machte dabei Geschäfte in Höhe von Millionen und aber Millionen. Vom Sturzrunzeln dieses Mannes hing es ab, ob die Währung eines Landes sich halten konnte oder zerbrach.

Wenn es zu verdienen galt, dann machte das Bankhaus Morgan aber auch Geschäfte mit dem Gegner von einst, gegen den er die Milliarden hatte aufmarschieren lassen. Und nicht bloß verdienen wollte Morgan daran, daß er deutsche Anleihen unterbrachte, sondern er sorgte dafür, daß uns der amerikanische Anleihe „segen“ nicht gerade billig zuteil wurde. Das „Risiko“ mußte dabei doch auch noch in den Jnsfuß einfließen werden, und die anderen Bankfürsten in New Yorks Wallstreet folgten dem Beispiel ihres Herrn.

Wenn jetzt in Berlin die Konferenz unserer Anleihegläubiger zusammengetreten ist — 50 Prozent dieser Schulden entfallen auf Amerika —, so nimmt unsichtbar zwar, aber doch spürbar das Bankhaus Morgan daran teil. Sowenig dieser Mann daran gedacht hat, gegenüber dem eigenen, in schwerer finanzieller Not befindlichen Vaterlande selbstverständlichste, wenn auch nicht ausdrücklich festgelegte Steuerpflichten zu erfüllen, ebenso hart wird er denjenigen gegenüber verfahren wollen, die seine Schuldner sind. Er hat recht genau gerufen, warum er dem einstigen Reparationsagenten in Deutschland, Parler Gilbert, eine führende Stellung im Bankhaus Morgan zuwies; denn diesem Mann konnte er wirklich sehr dankbar sein! Und Herrn Owen Young ebenfalls.

Nur sollte man nicht annehmen, daß die Untersuchung des ganzen „Sumpfricht“ nun etwa aus dem drängenden Verlangen nach Sauberkeit erfolgt. Es spricht vielmehr recht erheblich der Wunsch mit, dem neuen Präsidenten

Der Biermächtepakt vor dem Abschluß.

Vor Unterzeichnung des Biermächtevertrages in Rom.

In London wird bestätigt, daß eine allgemeine Einigung über den Russinischen Biermächtepakt zustande gekommen ist, und daß auch Deutschland seine Zustimmung zu dem letzten Textentwurf gegeben hat. Man erwartet, daß falls die Aussprache in der französischen Kammer ohne Zwischenfälle verläuft, die Unterzeichnung des Vertrages in Rom unmittelbar bevorsteht.

Auch in Paris ist gut unterrichteten Kreisen rechnet man mit Bestimmtheit damit, daß die Paraphierung des Biermächtepaktes spätestens am Mittwoch erfolgen wird.

38000 Mann Schutzpolizei sollen auf die deutsche Heeresstärke angerechnet werden.

Grundsätzlicher deutscher Vorbehalt.
Der Effektivauschuss der Abrüstungskonferenz schloß den Bericht an den Hauptauschuss über den militärischen Charakter der Polizei ab. In dem Bericht wird festgestellt, daß von der gesamten deutschen Schutzpolizei die kasernierte Bereitschaft in Höhe von 34000 Mann und die Polizeigarnatier in Höhe von 4000 Mann bei der endgültigen Festsetzung der deutschen Heeresstärke in Anrechnung gebracht werden sollen.

Gegen diesen von der Mehrheit des Ausschusses angenommenen Bericht ist von deutscher Seite ein grundsätzlicher Vorbehalt bezüglich der militärischen Verwendung der Polizei eingelegt worden.

Der deutsche Vorbehalt löste im Effektivauschuss eine stürmische Aussprache aus, in der von der gesamten französischen Staatengruppe heftig gegen die deutsche Erklärung protestiert wurde.

In der Sitzung wurde bezeichnenderweise beschlossen, den Hauptauschuss auf den in Bulgarien bestehenden Arbeitsdienst aufmerksam zu machen, obwohl es dem Ausschuss trotz aller Bemühungen nicht gelungen ist, den militärischen Charakter dieses Arbeitsdienstes festzustellen. Der offenbare Zweck dieses Beschlusses geht nach übereinstimmender Auffassung dahin, eine Grundlage für ein künftiges

Vorgehen gegen den geplanten deutschen Arbeitsdienst zu schaffen. Von verschiedenen Seiten wurde darauf hingewiesen, daß der Arbeitsdienst eine „gewisse“ Disziplin mit sich führe und daher angeblich eine „gewisse“ Grundlage für eine „gewisse“ militärische Ausbildung biete. Die gesamte Frage der Anrechnung der deutschen Schutzpolizei und der deutschen Wehrverbände gelangt jetzt im Hauptauschuss zur endgültigen Entscheidung.

Die deutsch-italienische Kulturgemeinschaft

Reichsminister Goebbels beim italienischen König und Mussolini.
Reichsminister Goebbels besuchte bei seiner Anwesenheit in Rom zuerst den Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Eubich, dann den italienischen König im Quirinal und anschließend den Chef der Regierung, Mussolini, im Palazzo Venezia. Dann fand ein Frühstück statt, das der Präsident der Konföderation der geistigen Arbeiter, Bodrero, zu Ehren des Ministers Goebbels gab. Es wurden kurze Trinksprüche ausgetauscht, in denen Bodrero und Goebbels die

Roosevelt in den von Rot und Steuern bedrückten Massen eine starke Popularität zu verschaffen und ihm wohl damit auch Widersprüche aus dem Wege zu räumen, die von „Wallstreet“ her seinem rückwärtslosen Bemühen bereitet werden, sich gegen den hochkapitalistischen Interessenegoismus bestimmter Kreise durchzusetzen, die im Kriege profitiert haben und am Kriegsgeld noch weiter profitieren wollen.

Denk an die

„Stiftung für Opfer der Arbeit“.

Einzahlungen an Reichskredit-Gesellschaft A. G., Berlin W. 8, Behrenstraße 21/22, sowie auf deren Reichsbankgironkonto und deren Postcheckkonto Berlin 120 unter Angabe der Kontobezeichnung „Stiftung für Opfer der Arbeit“.

engen kulturellen Beziehungen zwischen Deutschland und Italien, und zwar nicht nur in der Vergangenheit, wie Reichsminister Goebbels besonders betonte, sondern auch für die Zukunft besonders hervorhoben.

Schacht über die internationale Kreditpolitik.

Eröffnungsbrede bei der Transfer-Zusammenkunft.
Bei der Eröffnung der Transferzusammenkunft in Berlin wies der Reichsbankpräsident Dr. Schacht einleitend darauf hin, daß es sich bei den Vorgesprächen weder um Verhandlungen noch um eine Konferenz handele, sondern lediglich um eine formlose Unterhaltung.

Schacht ging dann auf die Vorgeschichte der Transferkrise ein.

Die übermäßige Forderung der Kredite sei Ursache gewesen, daß sehr hohe Importe nach Deutschland hereingekommen seien, wie die ganzen Jahre von 1924 bis 1930 einen Einfuhrüberschuß gehabt hätten. Die Idee der Gläubiger Deutschlands sei eine andere gewesen. Sie ging dahin, daß Deutschland das Geld für die Reparationen durch seinen Export verdienen sollte. Man baute also darauf, daß Deutschland einen Exportüberschuß erzielen würde. Gegen einen deutschen Exportüberschuß habe sich von Anfang an der industrielle Widerstand aller anderen Länder geltend gemacht. Von den 30 Milliarden Auslandskrediten seien reichlich die Hälfte für Reparationszahlungen verwendet worden.

Zusammenbruch des Kreditystems.
Dieses ganze System sei in sich völlig falsch und ungesund gewesen. Wenn die Weltwirtschaft Ende 1929 dieses System gestoppt habe, so habe der Zusammenbruch der österreichischen Kreditbank im Mai 1931 den Anstoß zur direktesten Katastrophe gegeben. Die Stillhalteabkommen hätten letzten Endes dazu geführt, daß die Beendigung der Katastrophe verschoben worden, nicht aber, daß sie geheilt worden sei.

Endlich habe man sich keine Gedanken darüber gemacht, daß die

Rückzahlung der Kredite nicht ohne eine schwere Schwächung der Reichsbank erfolgen konnte. Die Devisen- und Goldreserven eines Noteninstituts seien nicht dazu da, um mehr oder minder langfristige Schulden der Volkswirtschaft zu erlösen.

Wir halten unsere Mark stabil durch die Devisenzwangswirtschaft.

aber die Reichsbank kann in den Gold- und Devisenmarkt regulierend nicht eingreifen, weil sie keine Gold- und Devisenreserven mehr hat. Sie haben also die Reichsbank aktionsunfähig gemacht. Es besteht heute die Gefahr, daß die Reichsbankreserve auf Null zusammenschrumpft. Wenn wir diese Dinge so weiterlaufen lassen, so kommt die Reichsbank in die Gefahr, daß sie den Verkauf von Reichsmark im Ausland nicht mehr verhindern kann. Das heißt, wir kommen mit Sicherheit in ein offizielles Disagio der Reichsmark hinein und erleben eine neue Entwertung der Reichsmark, was — ich glaube, das ist Ihnen allen klar — eine noch größere Katastrophe bedeuten würde als die von 1923, eine Katastrophe, die die Reichsbank weder zuzulassen noch zu beantworten gewillt oder in der Lage ist.

Bizetanzler von Papen über die Freiheit im antiliberalen Staat.

Aus Anlaß der Anwesenheit des Bizetanzlers von Papen in Bonn veranstalteten die Universitäts- und die Stadt Bonn einen Festakt, bei dem Bizetanzler von Papen die Hauptrede hielt. Er setzte sich mit dem brennendsten staatsphilosophischen Problem der Gegenwart, nämlich der Freiheit, auseinander. In großangelegter Rede, die davon anging, daß die deutsche Revolution nur durch das unerbittliche Denken des formenden Geistes die erstrebte Gestalt erreichen könne, suchte er Sinn und Ziel der Zeitenwende zu klären.

Die Freiheit ist dem deutschen Volke so gefährlich geworden, weil die überdemokratische Verfassung von Weimar keine Zusammenfassung der staatlichen Kräfte von oben, also keine Gegenwirkung gegen die von unten kommende Zersplitterung, ermöglichte. Die schlimmste Gefahr der Demokratie ist aber

das Vorhandensein der politisierten Masse.